

Faktenblatt: Aargauische Volksinitiative "Arbeit muss sich lohnen!" Internes Informationsblatt – Die Mitte Aargau

1. Ausgangslage

Die von der Jungen SVP eingereichte Initiative verlangt eine Änderung des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG).

- **Kernforderung:** Nach einer ununterbrochenen Bezugsdauer von **2 Jahren** soll der Grundbedarf für den Lebensunterhalt pauschal um **mindestens 5% gekürzt** werden.
- **Ausnahmen:** Die Initiative definiert diverse Ausnahmen, bei denen nicht gekürzt werden darf, u.a. für Kinder, Personen in Ausbildung, über 55-Jährige (unter Bedingungen), Kranke (Arbeitsunfähigkeit >70%) oder Personen in Integrationsprogrammen.

2. Abstimmungsverhalten

- **Grosser Rat:** 67 Ja zu 64 Nein (bei 2 Enthaltungen).
- **Die Mitte Fraktion:** Ein klares Zeichen der Vernunft mit **16 Nein-Stimmen** und 1 Enthaltung.

3. Die Argumente des Initiativkomitees

Die Befürworter stellen den finanziellen Anreiz und die Entlastung der Steuerzahler in den Vordergrund.

- **Arbeitsanreize schaffen:** Der Lohnabstand zwischen Erwerbsarbeit und Sozialhilfe müsse gewahrt bleiben. Eine Kürzung motiviere Langzeitbezüger stärker, eine Arbeit aufzunehmen.
- **Langzeitbezug stoppen:** Fast jeder zweite Sozialhilfebezüger sei heute ein Langzeitbezüger (länger als 2 Jahre). Diese Entwicklung müsse korrigiert werden.
- **Gemeindefinanzen entlasten:** Die Initiative soll helfen, die Sozialhilfekosten zu senken und damit die Gemeinden finanziell zu entlasten.
- **Gerechtigkeit:** Wer arbeiten kann, aber nicht arbeitet, soll nicht dauerhaft voll unterstützt werden ("Schluss mit Extrem-Bezügern").

4. Argumentation der Gegner

Der Regierungsrat und die Mitte-Fraktion teilen den Grundsatz «Arbeit muss sich lohnen». Doch diese Initiative ist eine bürokratische Mogelpackung: Sie trifft die Falschen, greift die Gemeindeautonomie an, kostet mehr als sie einspart und ignoriert, dass die Gemeinden bereits heute wirksame Instrumente haben.

Ein Angriff auf die Gemeindeautonomie und unnötige Bürokratie

Die Initiative führt zu einem massiven administrativen Mehraufwand für unsere Gemeinden, der in keinem Verhältnis zum Nutzen steht.

- **Verlust der Autonomie:** Die Gemeinden entscheiden heute situativ und nah am Menschen. Die Initiative würde ihnen einen starren staatlichen Automatismus aufzwingen und ihren Handlungsspielraum beschneiden.
- **Massiver Mehraufwand:** Sozialdienste müssten bei jedem Fall prüfen, ob eine der acht komplexen Ausnahmeregelungen greift (z.B. Atteste prüfen, Erwerbsjahre zählen).
- **Kosten-Falle:** Der Regierungsrat schätzt den Aufwand auf bis zu 5 Stunden pro Fall. Bei einer potenziellen Einsparung von lediglich ca. 53 Franken pro Monat (bei Einzelpersonen) werden die Verwaltungskosten die Einsparungen auffressen. Wir verschwenden Steuergelder für Papierkrieg statt für Arbeitsintegration.
- **Bestehende Mittel genügen:** Gemeinden können den Grundbedarf heute schon um bis zu 30% kürzen, wenn jemand arbeitsunwillig ist. Das ist das schärfere und treffsicherere Schwert als die geforderten pauschalen 5%.
- **Kaum Betroffene:** Aufgrund der vielen definierten Ausnahmen (Kinder, Kranke, Ü55, Lernende etc.) wären schätzungsweise **über 65%** der Langzeitbeziehenden gar nicht betroffen.

Kontraproduktiv: Kürzungen verhindern den Wiedereinstieg

Wer den Grundbedarf kürzt, fördert nicht die Arbeit, sondern die Isolation.

- **Teufelskreis Isolation:** Wenn das Geld für das Nötigste fehlt, wird die soziale Teilhabe unmöglich. Mobilität, Kommunikation und soziale Kontakte brechen weg. Dies isoliert die Betroffenen weiter und macht den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt noch schwieriger statt einfacher.
- **Falscher Anreiz:** Eine Kürzung des Existenzminimums raubt die Energie und Ressourcen, die für Bewerbungen und Stellensuche nötig wären. Die Massnahme wirkt somit dem eigentlichen Ziel entgegen.

Soziale Verantwortung: Familien und Kinder leiden mit

Auch wenn die Initiative Ausnahmen für Kinder vorsieht, trifft eine Kürzung immer das gesamte Familiensystem.

- **Kinder in Mithaftung:** Sozialhilfe wird oft von Familien bezogen. Wenn der Grundbedarf der Eltern gekürzt wird, sinkt das verfügbare Haushaltseinkommen. Darunter leiden zwangsläufig die Kinder, die nichts für die Situation ihrer Eltern können.
- **Armutsrisiko:** Statt Familien zu stabilisieren, erhöht die Initiative den finanziellen Druck auf das häusliche Umfeld, was die Entwicklungschancen der Kinder negativ beeinflussen kann.

Fakten statt Polemik: Kein Notstand

Die von den Befürwortern gezeichnete "Kostenexplosion" ist realitätsfremd.

- **Rückläufige Zahlen:** Die Fallzahlen im Aargau sinken seit 2018, die Sozialhilfequote lag 2023 auf einem Tiefstwert.

- **Sinkende Kosten:** Auch die Nettoausgaben sinken seit 2020 kontinuierlich. Ein starres neues Gesetz für ein Problem, das sich bereits bessert, ist unnötig.

5. Fazit

Wir stehen für eine Politik, die fordert und fördert, aber nicht pauschal bestraft.

- **Ineffizient:** Die Gefahr ist gross, dass wir mehr Steuergelder für die Verwaltung der Ausnahmen ausgeben, als wir bei den Sozialhilfeleistungen einsparen.
- **Zentralistisch:** Den Gemeinden wird ein starrer staatlicher Mechanismus aufgezwungen, statt ihnen die Kompetenz zur individuellen Prüfung zu lassen.
- **Unsozial:** Wir riskieren die Isolation von Menschen und treffen indirekt Kinder, ohne die Arbeitsintegration wirklich zu verbessern.